

HESSISCHER LANDTAG

AUSGABE 07/2022 – 23. SEPTEMBER

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,



**GÜNTER RUDOLPH**

Fraktionsvorsitzender

das Plenum des Hessischen Landtags hat in dieser Woche eine umfangreiche Tagesordnung abgearbeitet, die an vielen Stellen Anlass für sehr grundsätzliche Diskussionen gegeben hat.

Zentral war zweifellos die Debatte über den richtigen Umgang mit den tiefgreifenden Folgen des verbrecherischen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Seit Wladimir Putin den Überfall auf die Ukraine befohlen hat, führt er parallel einen Energiekrieg gegen Deutschland und das demokratische Europa, bei dem das Gas seine stärkste Waffe ist. Offensichtlich setzt der russische Präsident darauf, auf diese Weise die Gesellschaft zu spalten und die Staaten Westeuropas zu destabilisieren. Aber das wollen und werden wir nicht zulassen.

Natürlich kann der Staat nicht alle Belastungen ausgleichen, die wir als Folge des russischen Angriffskriegs spüren. Aber er kann dafür sorgen, dass diese Belastungen nicht untragbar werden.

Die von der SPD geführte Bundesregierung unter Führung von Olaf Scholz hat bereits drei Entlastungspakete auf den Weg gebracht, um denjenigen zu helfen, die darauf besonders angewiesen sind. Und ich bin sicher, dass die Regierung von Olaf Scholz auch weiterhin das tun wird, was getan werden muss, um unser Land bestmöglich durch diese Krise zu führen.

Was fehlt, ist ein hessenspezifisches Entlastungspaket, zum Beispiel nach dem Vorbild von Niedersachsen, wo die SPD-geführte Landesregierung von Stephan Weil 100 Millionen Euro für einen Notfallfonds bereitgestellt hat. Sollte Schwarzgrün in Hessen etwas Vergleichbares planen, sind wir bereit, hierfür mit der Landesregierung zusammenzuarbeiten und in der Krise unseren Teil der Verantwortung für das Land und die Menschen zu übernehmen.

Mit herzlichen Grüßen  
**Ihr Günter Rudolph**

## FRUST AN HESSENS SCHULEN

### REGIERUNGSERKLÄRUNG



Als „frustrierend“ hat der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, die Regierungserklärung von Kultusminister Lorz bezeichnet: „Das Markenzeichen der Bildungspolitik von Schwarzgrün ist das Abschieben von Verantwortung – auf Schulen, Lehrkräfte und Schulträger. Das gilt für Lehrermangel, Digitalisierung, Ganztagsausbau oder die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer.

Statt mehr Lehrkräfte auszubilden, werden Vertretungskräfte mit Kettenverträgen abgespeist oder in den Sommerferien nicht durchbezahlt und so vergrault.“ Die vielen Mini-Projekte, die der Minister aufgezählt hat, seien politische Eintagsfliegen, die die Qualität von Schule nicht erhöhen. „Mit Fake-Fächern wie der ‚Digitalen Welt‘ werde Zukunftsfähigkeit simuliert, aber nicht geschaffen. Die Maßnahmen, derer sich der Minister rühmt, sind wirkungslos. Aus einer Studie der Landeschülervertretung geht hervor, dass Hessens Schulen nach 22 Jahren konservativer Bildungspolitik kein Ort sind, an dem sich junge Menschen gerne aufhalten: Die Mehrheit der Befragten beklagen, dass Rassismus und Aggression zunehmen und dass der Schulbesuch

für sie eine psychische Belastung darstellt. Dieser deprimierenden Schulwirklichkeit müsste sich ein Minister stellen – und alles daransetzen, die Bedingungen zu verbessern. Hessen braucht eine Bedarfsanalyse für den Rechtsanspruch auf den Ganztag und einen Ausbauplan. Das Land muss mehr Lehrkräfte durch Qualifizierung gewinnen, mehr Studienplätze für das Lehramt anbieten, mehr Daten erfassen und die Belastung von Schulleitungen und Lehrkräften seriös erheben. Und: Das Land muss die Besoldung von Grundschullehrkräften auf das Niveau anderer Bundesländern anheben. Zu all dem liegen Vorschläge der SPD-Fraktion vor. Und wir hätten nichts dagegen, wenn die Landesregierung sich unsere Ideen zu eigen machen würde.“

## MISSTRAUENSVOTUM FÜR AL-WAZIR

Mehr als 70.000 Unterschriften hat das Volksbegehren „Verkehrswende Hessen“ zusammengetragen. Tobias Eckert, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, bewertete dies als verbrieften Ausdruck des Misstrauens gegenüber Verkehrsminister Al-Wazir: „Der Zuspruch für das Volksbegehren ist eine Ohrfeige für den Minister, der inzwischen fast neun Dienstjahre hinter sich gebracht hat, ohne ein belastbares, zukunftsfähiges Gesamtkonzept für die Mobilität in Hessen vorzulegen.“ Die Wende hin zu leistungsfähigen, zukunftsfesten und bürgernahen Mobilitätsangeboten sei eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. Eckert sagte: „Hessen muss

den ÖPNV zielgerichtet und passgenau ausbauen, gerade auch im ländlichen Raum. Dasselbe gilt für die Radinfrastruktur im Land – und für alle anderen Mobilitätsangebote, die einen Anreiz für die Bürgerinnen und Bürger schaffen, so oft wie möglich auf das Auto zu verzichten. Aber Schwarzgrün und insbesondere Verkehrsminister Al-Wazir haben in den zurückliegenden Jahren in Sachen Verkehrswende außer blumigen Ankündigungen nichts Nennenswertes auf die Kette bekommen. Der Radwegebau lahmt, die Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger bleibt ein nicht eingelöstes Versprechen und die Finanzierung des ÖPNV ist



nach wie vor unzureichend: Gerade einmal drei Prozent der Etats von NVV und RMV stammen aus Finanzmitteln des Landes, die übrigen Fördermillionen, mit denen sich der Minister gerne schmückt, stammen aus dem Bundeshaushalt. Mit dieser Mischung aus großer Lethargie und kleinen Zuschüssen kann die Mobilität von morgen nicht aktiv gestaltet werden.“

# SCHWARZGRÜN PLANT NÄCHSTEN VERFASSUNGSBRUCH

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



CDU und Grüne planen, den regelhaften Einsatz der Videoüberwachung im öffentlichen Raum erheblich zu erweitern. In der Debatte sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Günther Rudolph: „Jedes Gesetz, das die innere Sicherheit betrifft, muss die Balance wahren zwischen berechtigten Sicherheitsinteressen und grundgesetzlichen Freiheitsrechten. Diese Balance fehlt in den Plänen des Innenministers für eine pauschale Ausweitung der permanenten Videoüberwachung aller Bahnhöfe, Flughäfen, Sportstätten, Einkaufszentren und sogar Packstationen vollständig. Minister Beuth und der Rest der schwarzgrünen Landesregierung missachten damit das Grundrecht auf Selbstbestimmung und nehmen den nächsten Bruch der hessischen Verfassung und des Grundgesetzes in Kauf. Dieses Gesetz darf nicht verabschiedet werden.“

## JEDE ZEHNTE FRAU IST BETROFFEN

„Bei der Krankheit Endometriose besteht ein folgenschwerer Mangel



an weiblichen Daten in der medizinischen Forschung – ein Gender Data-Gap“, sagte Nadine Gersberg, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rahmen der Debatte über die Volkskrankheit Endometriose. Obwohl diese Krankheit Millionen von Menschen in Deutschland betreffe, sei sie kaum bekannt. Wegen des fehlenden Wissens vergingen durchschnittlich zehn Jahre bis zu einer Diagnose. Gersberg forderte die Landesregierung auf, Fördergelder für ein Sonderforschungsprojekt bereitzustellen, um diesen Missstand zu beenden. An Frauen gerichtet sagte sie: „Es ist nicht normal, dass Ihr jeden Monat schlimme Schmerzen habt. Aber es interessieren sich zu wenige für Eure Probleme – weil Ihr Frauen seid, weil Eure Hormone ihnen zu kompliziert und ihre Auswirkungen zu teuer für die Forschung sind. Das ist institutionelle Diskriminierung. Es wird Zeit, dass wir daran etwas ändern.“

## SCHNELLE HILFE VOR DROHENDER ARMUT

„Armut bleibt in Hessen ein ernsthaftes Problem, das man offensichtlich nicht mit dieser schwarzgrünen Landesregierung bewältigen kann“, stellte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Lisa Gnadl im Rahmen einer Aktuellen Stunde fest. Durch die Energiekrise seien noch mehr Menschen von Armut bedroht. Oberste Priorität habe es nun, alle Hessinnen und Hessen davor zu schützen, im Winter Zuhause frie-



ren zu müssen. „Neben den Entlastungspaketen des Bundes, müssen wir deshalb schnell hier in Hessen weitere Maßnahmen ergreifen“, so Gnadl. Ihre Fraktion habe mit dem Notfallfonds zur Entlastung bei Lebenshaltungskosten, zum Schutz vor Strom- und Gassperren und Energiearmut konkrete Vorschläge formuliert. Auch für Unternehmen und Betriebe wie Bäckereien oder die Krankenhäuser brauche es unterstützende Maßnahmen des Landes. „Heute müssen wir schnell helfen. Für nachhaltige Lösungen gegen Armut muss der Armuts- und Reichtumsbericht wiedereingeführt werden“, sagte Gnadl.

## BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ MUSS GESTÄRKT WERDEN

„In den Zeiten des Klimawandels und der aktuellen Krisen, rückt die besondere Arbeit unseres Brand- und Katastrophenschutzes immer mehr in das Licht der Öffentlichkeit“, betonte Heike Hofmann, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Wir alle erinnern uns an die schrecklichen Bilder der Naturkatastrophe im Ahrtal und in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr. Die Pandemie hat die ehrenamtliche Arbeit in den letzten Jahren sehr erschwert. Deshalb ist es von größter Bedeutung, das Ehrenamt nicht nur durch Anerkennung und Wertschätzung zu unterstützen. Die Sireneninfrastruktur muss ausgebaut werden und bei den Nutzern der Warn-Apps gibt es noch deutlich Luft nach oben.“



## KRISE ERFORDERT ZUSAMMENARBEIT

### ENTLASTUNGSPAKETE



staltete Entlastungspakete beschlossen. Was wir jedoch noch vermissen, ist eine eigene, hessen-spezifische Ergänzung zu den Entlastungsprogrammen des Bundes.“ Rudolph verwies dabei auf Notfallfonds der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die bereits zusätzliche Entlastungen für besonders

In der Plenardebatte über die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Günther Rudolph: „Wir haben aktuell eine Situation, wie es sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gab. In so einer Situation müssen wir, die politischen Entscheidungsträger, zusammenarbeiten. Die Bundesregierung handelt besonnen, und hat drei passgenau ge-

Betroffene zur Verfügung stellten. „Wir müssen den Menschen im Land eine Perspektive geben, wie es weitergehen soll“, so Rudolph. Er sicherte zu, dass die hessische SPD und deren Landtagsfraktion bereit seien, bei der Krisenbewältigung mit der schwarzgrünen Landesregierung konstruktiv zusammenzuarbeiten. „Es liegt nun an der Landesregierung, dieses Angebot anzunehmen.“

### KEINE STRATEGIE FÜR DIE RAUMFAHRT



„Hessens Raumfahrtkonzept ist eher eine Zustandsbeschreibung als eine Zukunftsstrategie“, sagte Elke Barth, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Woh. Im Rahmen der Debatte machte sie deutlich, dass die SPD-Fraktion zwar die von der Landesregierung formulierten Ziele einer stärkeren Vernetzung von Akteuren und Kompetenzen in Wirtschaft und Wissenschaft im Sinne der Raumfahrt begrüße, jedoch eine konkrete Strategie zur Umsetzung erwarte. Ein Schritt für mehr Sichtbarkeit könne zum Beispiel die Einrichtung eines Besucherzentrums für das Europäische Raumflugkontrollzentrum (ESOC) in Darmstadt sein.

## STARKE WIRTSCHAFT BRAUCHT GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN

### WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG



„Gute Arbeit und eine starke Wirtschaft sind keine Gegensätze, sie bedingen einander“, betonte Tobias Eckert, wirtschaftspoliti-

scher Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, in der Aussprache zum Gesetzentwurf seiner Fraktion für eine Reform des hessischen Mittelstandsförderungsgesetz. „Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir mittelständische Unternehmen, die bereits heute gute Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten aufbie-

ten und schaffen wollen, aktiv unterstützen. Damit wollen wir Anreize dafür schaffen, dass zukünftig noch mehr Unternehmen ihrem

Beispiel folgen. Bei der Förderung von Unternehmen ganz bewusst auch soziale Kriterien ins Auge zu nehmen, stellt keine Gängelung unternehmerischen Handelns dar. Wir schlagen ein Bonussystem vor, durch welches engagierte Mittelständlerinnen und Mittelständler aktiv unterstützt werden können“, so Eckert. Eine Förderung guter Arbeitsbedingungen, wie die Einhaltung von Tarifverträgen, die Ermöglichung von Mitbestimmung durch Betriebsräte sowie die Vermeidung von Leiharbeit und befristeten Verträgen sei heute notwendiger denn je.

## GESUNDHEITSDIENST STÄRKEN

„Endlich kommt die Kehrtwende“, freut sich Dr. Daniela Sommer, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, im Rahmen der Debatte zur Stärkung der Gesundheitsverwaltung. Ein Landesgesundheitsamt als fachliche Leitstelle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und somit Bindeglied zwischen Gesundheitsbehörden, Politik und Wissenschaft könne Verordnungen erläutern, sodass alle Ämter in Hessen gleichermaßen und nicht unterschiedlich agierten und das Rad nicht neu erfinden müssten. „Die Idee eines Landesgesundheitsamtes, die von den Gesundheitsämtern und uns als SPD-Fraktion bereits im letzten Jahr begrüßt, aber von Schwarzgrün abgebu-



gelt wurde, braucht eine gute Umsetzung. Der Gesetzentwurf bietet leider wenig Antworten. Auch haben wir schon vor Gesetzes-einbringung erfahren, dass sich die Kreise und kreisfreien Städte nicht eingebunden fühlen. Das muss sich ändern, denn dieses Amt soll ja gerade Bindeglied zwischen den wesentlichen Akteuren im Öffentlichen Gesundheitsmanagement sein.“ Kritisiert werde, dass Nordhessen generell bei der Dezentralisierung der neuen Behörde nicht berücksichtigt werde. Zudem blieben viele Fragen zur Rekrutierung von Personal, zur Aufgabenverteilung und zur Finanzierung offen. „Ich hoffe sehr, dass das Landesgesundheitsamt weder zahnlöser Tiger, noch Placebo sein wird.“

## NEUERUNGEN FÜR DIE JURISTENAUSBILDUNG

Der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gerald Kummer, begrüßte den Vorschlag der Landesregierung zur Änderung der juristischen Ausbildung, machte jedoch deutlich, dass in der Digitalisierung noch einiges nachzuholen sei: „Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur fördern die unverzichtbare Verfassungstreue unserer zukünftigen Richter und Staatsanwältinnen. Teilzeitmöglichkeiten und das E-Examen machen die Juristenausbildung attraktiver und familienfreundlicher. Jedoch muss dringend die Antragstellung digital möglich werden und in Sachen E-Examen ist auch Organisatorisches ungeklärt. Die Laptops, die Rechtsreferendaren zur Verfügung gestellt werden, sind nur eingeschränkt nutzungsfähig. Darüber hinaus fehlt es an Internetzugängen an Landgerichten.“



## SCHWARZGRÜN BLOCKIERT GUTE PFLEGE



Mehr als 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zuhause versorgt. „Die damit verbundene Belastung für die Angehörigen muss durch eine bessere Unterstützung und Begleitung der häuslichen Pflege abgemildert werden“, sagte Dr. Daniela Sommer, gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin

der SPD-Fraktion, anlässlich der Eröffnung der VdK Pflegedemo ohne Menschen. „Die SPD-Fraktion hat zahlreiche Anträge für bessere Beratung und Kurzzeitpflege eingebracht. Nun liegt es an der Landesregierung, endlich Abhilfe, eine gute Angebotsstruktur und Unterstützung zu schaffen.“

### IMPRESSUM:

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

### REDAKTION:

Christoph Gehring (verantwortlich),  
Cord Wilke,  
Martina Häußl-David,  
Luisa Neurath,  
Christina Schäfer.

### BILDER:

Angelika Aschenbach, Christof Mattes.